

TRANSPARENT

Informationen der SP Stadt Solothurn – Nr. 2 – April 2018

Worte aus dem Vorstand

Mit Herzblut

Von Lea Wormser

Es ist nun soweit: an der Generalversammlung der SP Stadt Solothurn wird der Vorstand neu zusammengesetzt.

Corinne Widmer und Felix Epper haben demissioniert und sind leider nicht mehr dabei. Ich möchte mich ganz herzlich bei ihnen für ihren Einsatz und die gute Zusammenarbeit bedanken. Neu für den Vorstand kandidieren Ruth Meyer Junker, Sibylle Berberat und Fabian Hosner.

Wir im Vorstand sind sehr froh, mit so engagierten Personen zukünftig zusammenarbeiten zu können. Die Vorstandsmitglieder Anna Rüefli, Sylvia Sollberger, Franziska Roth, Pierric Gärtner, Matthias Anderegg und Benjamin Patzen stellen sich nochmals zur Verfügung.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir damit einen kompetenten und aktiven Vorstand haben, der sich mit Herzblut für unsere Partei einsetzt. Die Geschäftsleitung wird auch neu besetzt werden. Sylvia Sollberger und Pierric Gärtner als Vize-Präsidentin bzw. Vize-Präsident bilden zusammen mit mir das neue Präsidium. Wie Ihr bereits dem letzten Transparent entnehmen konntet, stelle ich mich für das Amt als Präsidentin der SP Stadt Solothurn zur Verfügung. Ich freue mich sehr auf diese Aufgabe, auf die Zusammenarbeit mit dem Vorstand und vor allem auf das gemeinsame Schaffen, Erarbeiten und Kämpfen mit euch liebe Genossinnen und Genossen.

Einladung zur Generalversammlung

Mittwoch, 25. April 2018, 19.30 Uhr

im Kapuzinerkloster Solothurn

- | | |
|---|--|
| 1 Begrüssung | 8 Budget 2018 (inkl. Festsetzung der Mitgliederbeiträge) |
| 2 Protokoll der Generalversammlung vom 26. April 2017 | 9 Wahlen: Präsidentin, Vizepräsidentin und Vizepräsident, Kassier, Vorstand, Revisoren |
| 3 Mutationen | 10 Verschiedenes |
| 4 Jahresbericht Präsidium | 11 Information zum Stand der Gemeindeorganisation / Referat von Luzian Odermatt |
| 5 Tätigkeitsbericht Gemeinderat | Diskussion |
| 6 Jahresbericht des Fachausschusses Energie | |
| 7 Rechnung 2017 (inkl. Revisorenbericht) | |

Thema Gemeindeorganisation:

Ordentliche oder ausserordentliche Gemeindeorganisation?

Von Luzian Odermatt *

Die aktuell geltende Gemeindeorganisation (GO) folgt dem «ordentlichen» Modell. Das Hauptmerkmal ist, dass die Gemeindeversammlung (GV) das oberste Organ der Stadt darstellt. An der Gemeindeversammlung können alle Stimmberechtigten teilnehmen. Sie beschliessen dort namentlich über den Erlass von Gemeinde-Reglementen, über den Voranschlag, den Steuerfuss und die Jahresrechnung und über neue einmalige Ausgaben > 1,2 Mio Fr. sowie wiederkehrende neue Ausgaben > 240'000 Fr. Auch über die Gründung, Erweiterung und Aufhebungen von Anstalten und Unternehmen der Stadt und die Beteiligung an gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und über die Zusammenarbeit mit andern Gemeinden beschliesst die GV; dabei gelten dieselben Finanzlimiten wie bei neuen Ausgaben.

Die GV wird vom Gemeinderat (GR) einberufen. Auch 500 Stimmberechtigte können verlangen, dass eine GV einberufen wird. An einer GV kann

jede(r) Stimmberechtigte eine Motion, ein Postulat oder eine Interpellation einreichen. Überwiesene Motionen sind für den GR verbindlich und haben die Funktion einer Volksinitiative. An einer GV können ein Viertel der Teilnehmenden verlangen, dass über eine Vorlage eine Urnenabstimmung durchgeführt wird. Im Übrigen gibt es zwingend Urnenabstimmungen, wenn die ausserordentliche GO eingeführt werden soll oder wenn neue Ausgaben >3 Mio bzw. >600'000 Fr. zu beschliessen sind, ebenso, wenn das Gemeindegebiet wesentlich geändert werden soll. In der ordentlichen GO bildet der GR formal die Regierung. In Anbetracht der Grösse (30 Mitglieder) hat der GR aber ein Stück weit eine parlamentarische Funktion. Er erlässt namentlich Planungsgrundsätze für die Stadtentwicklung, beschliesst über neue Ausgaben bis 1,2 Mio bzw. bis 240'000 Fr. sowie über den Finanzplan und beaufsichtigt die Gemeindeverwaltung. Der GR hat umfassende Wahlkompetenzen. Insbesondere wählt er die Kommissionen. Für die Geschäfts-

prüfung wählt er einen Ausschuss. Die eigentlichen Regierungsfunktionen sind Sache der Gemeinderatskommission (GRK, 7 Mitglieder). Sie hat umfassende Vollzugskompetenzen.

In der ausserordentlichen GO verschieben sich die Zuständigkeiten wie folgt: Die Zuständigkeiten der GV werden einem Parlament überantwortet (in Olten z.B. 40 Mitglieder). Die Antragsrechte der Stimmberechtigten werden durch Volksinitiative (Olten: 500 Unterschriften innert 60 Tagen) und Referendum (Olten: 400 Unterschriften innert 30 Tagen) ersetzt. Auch das Parlament kann (mit Mehrheitsbeschluss) die Durchführung einer Urnenabstimmung beschliessen. Zudem gibt es in Olten noch die Volksmotion (30 Unterschriften). Die Regierungsfunktionen werden in der ausserordentlichen GO im Stadtrat konzentriert (Olten: 5 Mitglieder). Die beiden Formen der GO haben je ihre Vor- und Nachteile. Darüber wird zu diskutieren sein.



*Luzian Odermatt arbeitet als Jurist im Bundesamt für Justiz. Er leitet dort einen Fachbereich, der Rechtsetzungsgeschäfte des Bundes prüft und koordiniert. Von 1982-1986 war er solothurnischer Verfassungsrat. Ferner war er von 1982-1991 Gemeinderat in Rüttenen. In jenen Jahren war er auch Orts-Parteipräsident und Mitglied verschiedener Parteigremien. Beim Erlass der geltenden Gemeindeordnung ist er von der Stadt als Experte beigezogen worden. Luzian Odermatt hat seine Wurzeln in der Stadt Solothurn, lebt heute aber in Lohn-Ammannsegg.

Thema Gemeindeorganisation:

Zeit für Stadtparlament und Stadtrat

Von Anna Rüefli*

Bereits im Rahmen der ersten Vernehmlassung zum später gescheiterten Fusionsprojekt «Top 5» hat die Parteiversammlung der SP Stadt Solothurn einen allfälligen Zusammenschluss mit den umliegenden Gemeinden an diverse Forderungen geknüpft. Unter anderem haben wir die Einführung der ausserordentlichen Gemeindeorganisation mit einem Stadtparlament mit 50 Mitgliedern und einer Stadtexekutive mit fünf vollamtlichen Mitgliedern verlangt. An dieser Forderung haben wir anlässlich der zweiten Vernehmlassung zum Fusionsprojekt weiterhin festgehalten. Allerdings wurde keine unserer Forderungen – auch nicht der Grundsatz eines Wechsels zur ausserordentlichen Gemeindeorganisation – in den definitiven Fusionsvertrag aufgenommen. Am 28. Februar 2016 wurde der Fusionsvertrag an der Urne abgelehnt.

Am 14. März 2017 erklärte der Gemeinderat die Motion der CVP/GLP-Fraktion mit dem Titel «Einführung der ausserordentlichen Gemeindeorganisation» einstimmig für erheblich. Die Motion verlangt, dass die Gemeindeordnung der Stadt Solothurn mit Blick auf einen Wechsel zur ausserordentlichen Gemeindeorganisation überprüft wird. Zurecht weisen die CVP und die GLP in der Begründung ihrer Motion auf diverse Mängel unseres heutigen Systems hin.

Mängel des heutigen Systems

a) Exekutive (Gemeinderat, Gemeinderatskommission, Stadtpräsidium)

In Bezug auf das Funktionieren der Exekutive machen die Motionärinnen und Motionäre geltend, dass der 30-köpfige Gemeinderat, der in rechtlicher Hinsicht die Exekutive der Stadt Solothurn ist, de facto als Zwitter (halb Parlament, halb Exekutive) funktioniert. In dieser Rolle könne der Gemeinderat die – einer Exekutive obliegende – Aufsicht über die Verwaltung nur eingeschränkt wahrnehmen, da er ohne Ressortsystem zu wenig Einsicht in die Verwaltungstätigkeit habe. Auch bringen sie vor, dass die Gemeinderatskommission (GRK) als quasi-Stadtrat

bei weitem nicht diejenigen Befugnisse habe, welche die Exekutive in der ausserordentlichen Gemeindeorganisation hätte. Die Einsicht der GRK in die Verwaltungstätigkeit sei ohne Ressortsystem und ohne Befugnis zur Personalführung gering. Zudem seien bei einem Milizgremium – wie der GRK – die zeitlichen Ressourcen der Mitglieder begrenzt. Sodann stellen sie fest, dass Gemeinderat und GRK hochgradig abhängig sind von den Informationen, welche die Verwaltung und das Stadtpräsidium an sie heranträgt. Der Stadtpräsident verfüge als Einzelperson über weit mehr Entscheidungskompetenzen und trage weit mehr Verantwortung, als dies in den meisten Schweizer Städten der Fall sei. Bei einem personellen Wechsel ginge der Exekutive auf einen Schlag enormes Wissen und Erfahrung verloren. Ein mehrköpfiges Führungsgremium würde in dieser Hinsicht mehr Kontinuität gewährleisten.

b) Legislative (Gemeindeversammlung, Urne)

In Bezug auf das Funktionieren der Legislative machen die Motionärinnen und Motionäre geltend, dass im heutigen System die Bevölkerung nicht ausreichend repräsentiert sei. So hätten im Juni 2014 von rund 11'700 Stimmberechtigten lediglich 63 Stimmberechtigte an der Gemeindeversammlung der Stadt Solothurn teilgenommen. Dies entspreche ca. 0.5 % der Stimmberechtigten, wobei die Mehrheit Gemeinderäte oder Verwaltungsvertreterinnen gewesen seien. Auch an anderen Gemeindeversammlungen sei die Beteiligung nur unwesentlich höher. Dies berge die Gefahr, dass vor allem Interessengruppen die Gemeindeversammlung besuchten, die ihre Anliegen durchbringen wollten. Selbst wenn die Beteiligung wieder zunehmen sollte, stelle sich die Frage, ob die Gemeindeversammlung für eine Stadt von der Grösse von Solothurn die geeignete Form zur demokratischen Mitbestimmung sei: Bei einem Besucheraufmarsch von 1000 Personen, was immer noch weniger als 10 Prozent der Stimmberechtigten wäre, würde eine geordnete Debatte schwierig und die oder der einzelne Stimmberechtig-

tigte könnte sich kaum mehr äussern. Aus diesen Gründen brauche es für die Zukunft ein politisches System mit einer klaren Trennung von Exekutive und Legislative, wie es in den allermeisten Städten der Schweiz existiere und sich auch bewährt habe.

Einsetzung einer überparteilichen Arbeitsgruppe

Zur ergebnisoffenen Abklärung der Vor- und Nachteile eines Wechsels zur ausserordentlichen Gemeindeorganisation wurde von der Stadt eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in welche die SP-Gemeinderatsfraktion Lea Wormser und mich delegiert hat. Da die Arbeiten und Unterlagen der Arbeitsgruppe zurzeit noch nicht öffentlich sind, gebe ich hier lediglich wieder, welche Haltungen Lea Wormser und ich in der Arbeitsgruppe bisher vertreten haben.

Haltung der SP-Mitglieder

Wie bereits anlässlich der Fusionsdebatte haben wir uns klar für einen Wechsel zur ausserordentlichen Gemeindeorganisation ausgesprochen. Konkret fordern wir ein 30-köpfiges Parlament mit einem 5-köpfigen Stadtrat sowie möglichst geringe Hürden für die Einreichung von Initiativen (400 Unterschriften), Referenden (200 Unterschriften) und Volksmotionen (20 Unterschriften). Mit tiefen Unterschriftenzahlen ist die direktdemokratische Mitwirkung der Bevölkerung – wie auf eidgenössischer und auf kantonaler Ebene – auch in einem parlamentarischen System gewährleistet.

a) Legislative (Parlament, Urne)

In Bezug auf die Ausgestaltung der Legislative sind wir – wie die CVP/GLP-Fraktion – der Ansicht, dass eine Gemeindeversammlung für einen Kantonshauptort in der Grösse von Solothurn nicht mehr zeitgemäss ist. Zum einen vermag die geringe Teilnahme an der Gemeindeversammlung den gefassten Beschlüssen nicht die notwendige demokratische Akzeptanz zu verschaffen. Selbst wenn es Christian Baur und Klaus Koschmann mit ihren Motionen in den letzten Jahren gelungen ist, bis zu vier Prozent der städtischen Stimmberechtigten an eine Gemeindeversammlung zu bringen, ist dies im Vergleich zu Urnenabstimmungen (an denen regelmässig um die 50 % der Solothurner Stimmberechtigten teilnehmen) immer

noch sehr wenig. Hinzu kommt, dass eine ganze Reihe von Stimmberechtigten von der Teilnahme an der Gemeindeversammlung ausgeschlossen sind, so z.B. Stimmberechtigte, die am Abend arbeiten oder Kinder betreuen müssen, aber auch kranke oder betagte Stimmberechtigte, für die der Weg ins Landhaus eine zu grosse Anstrengung darstellt. Insofern ist die demokratische Legitimation der Beschlüsse nicht nur wegen der geringen Teilnahme, sondern auch wegen der fehlenden Repräsentanz der Teilnehmenden in Frage gestellt. Sodann wage ich aus meiner Erfahrung als Kantonsparlamentarierin zu behaupten, dass das Wissen und die Erfahrung, die sowohl für eine kritische Beurteilung der zu behandelnden Geschäfte als auch für eine effektive Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Exekutive und die Verwaltung notwendig sind, in einem parlamentarischen System einfacher aufgebaut werden können als in einem System mit Gemeindeversammlung. In einem Parlament werden alle Geschäfte durch parlamentarische Kommissionen vorberaten und es finden regelmässige Sitzungen statt, was eine vertiefte Auseinandersetzung mit den von der Exekutive und der Verwaltung ausgearbeiteten Geschäften erlaubt. Mit niedrigen Unterschriftenzahlen für die Einreichung von Initiativen, Referenden und Volksmotionen sorgen wir dafür, dass auch Anliegen der Bevölkerung, die im parlamentarischen Betrieb zu kurz kommen, in die politische Debatte eingebracht werden können.

b) Exekutive (Stadtrat)

In Bezug auf die Ausgestaltung der Exekutive verweise ich zum einen auf das Email von Herbert Bracher vom 28. September 2011, das er als damaliges Ersatzmitglied der SP-Gemeinderatsfraktion dem gesamten Gemeinderat zugestellt hat (das Email ist in diesem Transparent abgedruckt). Es bringt hervorragend auf den Punkt, wie man als ordentliches Gemeinderatsmitglied im heutigen System einem dauernden Rollenkonflikt ausgesetzt ist: Von der Grösse her funktioniert der 30-köpfige Gemeinderat ähnlich wie ein Parlament, allerdings ohne die Kompetenzen eines Parlaments zu haben. Gleichzeitig ist der Gemeinderat nicht in der Lage, die ihm rechtlich eigentlich zugedachten klassischen Exekutivfunktionen, wie die vorausschauende politische Planung

und Koordination der Gemeindeaufgaben, die Verwaltungsführung sowie eine effektive Aufsicht über die Verwaltung wahrzunehmen. Dies hat nicht nur damit zu tun, dass wir als ordentliche Gemeinderatsmitglieder (im Gegensatz zum Stadtpräsidium) über keinerlei Weisungsrechte gegenüber der Verwaltung verfügen. Das Problem liegt auch darin, dass die zeitlichen Ressourcen, die wir als Milizgemeinderatsmitglieder für das Exekutivamt aufwenden können, mit einer jährlichen Gesamtschädigung von Fr. 900 faktisch limitiert sind. Dies führt dazu, dass die Geschicke der Stadt in unserem heutigen System – zwar nicht in rechtlicher, aber in faktischer Hinsicht – sehr stark von nur einer demokratisch legitimierten Person, nämlich unserem vollamtlich tätigen Stadtpräsidenten (und den ihm direkt unterstellten Verwaltungsleitenden) geprägt werden. Wir erachten eine solche Machtkonzentration bei einer einzigen gewählten Person – unabhängig davon, wer aktuell gerade das Stadtpräsidium bekleidet – weder als besonders demokratisch noch als nachhaltig. Aus diesem Grund haben wir uns in der Arbeitsgruppe für die Schaffung eines Fünferstadtrats wie in Olten stark gemacht, der zumindest von seiner Grösse her den Einbezug aller wichtigen Parteien in die Stadtregierung ermöglicht.

Diskussion an unserer GV

Unsere Haltung zur künftigen Ausgestaltung der Gemeindeorganisation konnte hier nur grob umrissen werden. Deshalb freue ich mich auf eine angelegte Diskussion zum Thema Gemeindeorganisation an unserer Generalversammlung vom 24. April im Kapuzinerkloster. Gerne nehmen Lea Wormser und ich nach dem Referat von Luzian Odermatt eure kritischen Voten zu unserer Haltung in der Arbeitsgruppe entgegen.



*Anna Rüfli ist Kantons- und Gemeinderätin

Kritische Anmerkungen

Ein Brief an den Gemeinderat.

Von Herbert Bracher*

Liebe Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten, lieber Herr Stadtpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich durfte nunmehr an zwei Sitzungen des Gemeinderates als Ersatzmitglied der SP teilnehmen. Beide Male haben mich diese berührt, betroffen gemacht. Dies sowohl als Bürger aber auch als Berufsmann.

Warum schreibe ich Ihnen jetzt und nicht vielleicht in einigen Jahren, wenn ich weiss, was die Arbeit eines Solothurner Gemeinderates ist? Spricht ein Frischling, so hat er den Nachteil, dass er nicht genau weiss, wovon er spricht, weil er ja noch nicht wirklich dazu gehört. Zugleich ist dies aber auch sein Vorteil, denn er verfügt noch über einen unbe(ge)fangenen Blick, sieht also vielleicht Dinge, die diejenige, die schon voll in der Sache drin steckt, auf Grund ihrer Nähe nicht mehr zu erkennen vermag. Selbst mit dem Risiko, völlig daneben zu liegen, will ich mich heute äussern, solange ich noch nicht Gefahr laufe, betriebsblind zu sein. Ziel dieses Mails ist NICHT Kritik an Institutionen und/oder Personen, sondern das Hinschauen auf das, was ist. Zwingend kann ich dabei nur mit meinem subjektiven Blick schauen. Ich bin aber offen für die Standpunkte anderer.

Der Solothurner Gemeinderat ist trotz seiner Grösse rechtlich die Exekutive der Stadt Solothurn. Tatsächlich verhält sich dieser Gemeinderat jedoch wie ein Parlament. Eine Exekutive ist m.E. auch der Effektivität und der Effizienz verpflichtet. Ein Parlament hat primär die verschiedenen Meinungen des Volkes in die politische Debatte einzubringen und die „Spielregeln“ der Exekutive und der Judikative zu bestimmen (!), Effektivität und Effizienz sind anzustreben, haben aber im politi-

schen, demokratischen Diskurs keinen primären Stellenwert.

Als Exekutive brauche ich *in unbestrittenen Sachgeschäften* keine Eintretensdebatte zu führen und der Sache kann ich mit einem Satz zustimmen. Als Parlament bin ich aufgefordert, die verschiedenen Stimmen des Volkes sprechen und hören zu lassen. Dazu ist es notwendig, dass ein Geschäft aus der Sicht jeder Stimme gewürdigt wird, sei dies nun bereits beim Eintreten oder zur Sache selbst.

Anlässlich der ersten Sitzung (Finanzplan etc.) wurden praktisch nur unbestrittene Geschäfte diskutiert. Praktisch alle Sachgeschäfte wurden mit einem Stimmenverhältnis von 30 zu 0 angenommen. Ist der Gemeinderat Exekutive, so ist der betriebene Aufwand, im Verhältnis zu den im ERGEBNIS 5x einheitlichen Positionen schlicht deutlich zu hoch. Ist der Gemeinderat ein Parlament, so muss es so sein, wie es gewesen ist.

Anlässlich der zweiten, gestrigen Sitzung sind die Diskussionen über das, was der Gemeinderat wissen muss und darf sowie die Diskussion über die Öffnungszeiten von besonderem Interesse: Als Exekutive will ich von meiner Verwaltung lückenlos über ein Geschäft informiert werden, denn nur so kann ich auch in Sachkenntnis entscheiden. Als Parlament muss ich es hinnehmen, dass ich eventuell zur Wahrung gegenläufiger, berechtigter Interessen nicht vollständig informiert werde. Absolut spannend ist die Diskussion über die Öffnungszeiten. Als Exekutivmitglied und Jurist muss ich dem Votum meines Stadtpräsidenten in dieser Sache vollumfänglich zustimmen. Eine Exekutive, welche sich anmass, der Judikative ins Handwerk zu greifen und übergeordnetes Recht zu missachten, überschreitet ihre Kompetenz krass. Als Parlamentarier muss ich meinen Präsidenten aufrufen, so, wie dies Pirmin getan hat, des (jungen) Volkes Stimme zu hören.

Was ist der Solothurner Gemeinderat oder besser, was will er sein? Damit ein Mensch handeln kann, muss er sich damit auseinandersetzen, wer er

ist und was er will, nur so gewinnt er die Kraft, sein Leben auch tatsächlich zu führen.

Die Diskussion über die Öffnungszeiten zeigt – es ist nicht übertrieben ausgedrückt – die „Fesselung“ des Gemeinderates. Obwohl er „Spielregeln“ (das ist Aufgabe der Gemeindeversammlung) definieren möchte, kann er dies wegen seiner rechtlichen Stellung nicht wirklich.

Als Greenhorn ist es mir wichtig, dass der Gemeinderat definiert, wer und was er ist oder was er werden möchte. Nur aus einer echten Selbstbestimmung kann er wirklich Handlungskraft gewinnen. Unabhängig davon, ob sich der Gemeinderat als Exekutive (so wäre er wohl drastisch zu verkleinern. Die Grösse der GRK reichte vollauf.) oder als Parlament definiert, so oder so wird er zum Vorteil seiner Handlungsfähigkeit nicht umhinkommen, seine Ordnung und sein Handeln nach dieser Selbstbestimmung auszurichten.

Liebe Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten, lieber Herr Stadtpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und grüsse Sie herzlich.

28. September 2011



*Herbert Bracher war Ersatzgemeinderat von 2010-2013 und Präsident des Geschäftsprüfungsausschusses.



Ruth, was waren (bzw. sind) deine bisherigen politischen Tätigkeiten?

Politisiert wurde ich mit 17 durch eine der ersten Waffenausführ-Initiativen. 1982 habe ich ein Mitenand-Lädeli gegründet (fairer Handel). Seit 1983 bin ich Mitglied der SP. Ich war elf Jahre im Vorstand und ein paar Jahre Sektionspräsidentin von Wil SG. In Solothurn bin ich seit 2013 in der Jugendkommission und im Wahlbüro.

Warum möchtest du im Vorstand mitarbeiten?

Ich möchte gerne wieder aktiver am politischen Leben teilnehmen, nachdem ich die letzten 20 Jahre nicht in Erscheinung treten durfte, weil ich für das AWA tätig war. Auch habe ich wieder mehr Zeit und will mich sinnvoll engagieren. Persönlich habe ich keinerlei Lust auf ein öffentliches Amt, aber viel Freude am Mit-Denken und Mit-Tun.

Welche SP wünschst du dir in der Stadt Solothurn?

Die Sektion soll die humanitären, solidarischen und ökologischen Anliegen der Linken in Solothurn sichtbar vertreten. Deshalb ist mein Vorsatz, die Aktivitäten der Sektion an den Parteimitgliedern auszurichten. Ihre Anliegen stehen für mich im Vordergrund – verbunden mit den Themensetzungen der SP Schweiz.

Ruth Meyer



Wie bist du in die Politik eingestiegen, Fabian?

Angefangen habe ich vor 15 Jahren mit der Betreuung des Internetauftrittes von Bea Heim, dann konnte ich auch Roberto Zanetti in seinen Wahlkämpfen unterstützen. Seit einiger Zeit bin ich für die IT der SP Kanton Solothurn zuständig. Im letzten Jahr habe ich mich erstmals in der Stadt im Gemeinderatswahlkampf engagiert und bin jetzt Ersatzmitglied.

Was versprichst du dir von der Vorstandsarbeit?

Es ist mir ein grosses Anliegen, den Solothurnerinnen und Solothurnern unsere weltoffene und ehrliche Politik näher zu bringen. Ich möchte meine Erfahrungen einbringen und freue mich auf viele spannende Diskussionen.

Wie stellst du dir die Zukunft der SP Stadt Solothurn vor?

Ich wünsche mir eine linke Mehrheit im Gemeinderat, und hoffe, dass ein SP-Mitglied den heutigen Stadtpräsidenten ablösen wird.

Fabian Hosner



Was war dein politischer Werdegang, Sibylle?

Seit zweieinhalb Jahren bin ich in der Stadt heimisch. Lange Jahre war ich in diversen SP-Sektionen dabei und somit war es „logisch“ auch hier mitzumachen. Vor allem haben mich die Möglichkeiten und die politische Werthaltung in einer städtischen SP gereizt und mir gefallen die Diskussionen.

Vorher war ich jahrelang im Wasseramt wohnhaft und bin in zwei Gemeinden jeweils in der Rechnungsprüfungskommission und in der Finanzkommission gewesen und habe die Kasse der SP Rechterswil geführt.

Ab dieser Legislatur bin ich bei der RPK der Stadt Solothurn dabei. Weiter bin ich im letzten Dezember in den Verwaltungsrat der RES gewählt worden. Diese zwei Funktionen geben mir grossen Einblick – einerseits zeigt mir der RPK-Sitz, wie die Stadt „tickt“, andererseits kann ich bei der RES in einem wichtigen städtischen Thema mitgestalten.

Mit all meinen Erfahrungen möchte ich mich im Vorstand einbringen. Meine Motivation ist diese Stadt voranzubringen und SP-mässig zu gestalten.

Die Stadt muss sich weiterentwickeln und aktiv agieren, damit die Veränderungen in der Gesellschaft, in der Technik und Umwelt für alle eine Chance bieten. Es darf keine Verlierer geben – das sollte unser stets vor Augen gehaltenes Ziel sein.

Sibylle Berberat

Drei Neue für den Vorstand

Festsetzung der Mitgliederbeiträge

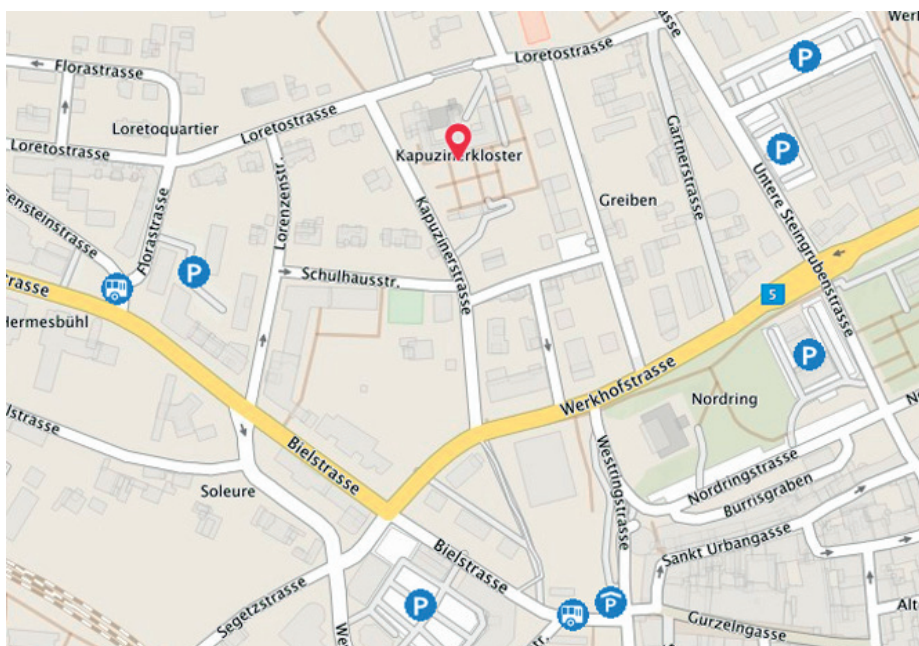
Liebe Mitglieder. Ab dem Jahr 2018 erhöht die SP Schweiz die Abgabe der Sektionen an die SP Schweiz. Dies hat der Vorstand zum Anlass genommen, um die Mitgliederbeiträge, die nun seit Jahren unverändert sind, zu überdenken. Wichtig war uns dabei, gerade tiefere Einkommen nicht zusätzlich zu belasten. Der Vorstand schlägt zuhanden der GV folgende Mitgliederbeiträge für das Jahr 2018 vor:

Nettoeinkommen ab	CHF	150'000.--	CHF	300.--
Nettoeinkommen ab	CHF	100'000.--	CHF	230.--
Nettoeinkommen ab	CHF	75'000.--	CHF	180.--
Nettoeinkommen ab	CHF	50'000.--	CHF	140.--
Nettoeinkommen ab	CHF	30'000.--	CHF	100.--
Nettoeinkommen bis	CHF	30'000.--	CHF	60.--

Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass ein Beitrag von CHF 180.00 erst ab CHF 75'000 (statt CHF 64'000) fällig wird und dass bei höheren Einkommen höhere Beiträge verlangt werden (CHF 230.00 bzw. CHF 300.00). Wir denken, dass wir auf diese Weise die höheren Abgaben der SP Schweiz abfangen können. Gerade im Hinblick auf zukünftige Wahlen werden wir aber auch weiterhin auf zusätzliche Spenden angewiesen sein.

Lageplan

Wichtig: Beim Kapuzinerkloster gibt es keine Parkplätze. Autofahrer bitte Parkhäuser benutzen. Danke.



Agenda

Mittwoch, 25. April 2018

19.30 Uhr Generalversammlung SP Stadt Solothurn

Dienstag, 1. Mai 2018

Tag der Arbeit, 1. Mai Festlichkeiten

Donnerstag, 3. Mai 2018

Parteitag SP Kanton Solothurn

Samstag, 26. Mai 2018

Standaktion auf dem Solothurner Märit

Mittwoch, 30. Mai 2018

19.30 Parteiversammlung

Sonntag, 10. Juni 2018

Eidgenössische Abstimmungen

Dienstag, 26. Juni 2018

19.30 Uhr Gemeindeversammlung im Landhaussaal

Freitag, 6. Juli 2018

Grill and Chill und Verleihung des SPriisli 2018

Gesucht

Die SP hat in der **Baukommission** ein Ersatzmitglied zu nominieren. Interessentinnen und Interessenten melden sich beim Vorstand. Wir freuen uns auf deine Bewerbung!